

»Push – für das Grundrecht auf Wohnen«

Bezahlbare Wohnungen und explodierende Immobilienpreise sind ein Problem – weltweit. Denn Arbeit gibt es vor allem in den Metropolen und die wachsende Nachfrage lässt die Mietpreise jährlich steigen. Die Einkommen tun das nicht. Langzeitmieter werden aus ihren Wohnungen herausgedrängt.

Selbst Krankenpflegerinnen, Polizisten und Feuerwehrleute können es sich nicht mehr leisten, in den Städten zu leben, für deren Grundversorgung sie notwendig sind. Auch die Mittelklasse bekommt dies zunehmend zu spüren. Der Dokumentarfilm »Push – Für das Grundrecht auf Wohnen« von Fredrik Gertten (»Bikes vs. Cars«, »Bananas!«) wirft ein Licht auf eine neue Art des anonymen Hausbesitzers, auf unsere immer weniger bewohnbaren Städte und eine eskalierende Krise, die uns alle betrifft. Das ist keine Gentrifizierung mehr: Wohnungen sind Kapital und Orte, um Geld anzulegen. Ein ungezügelter Kapitalismus trifft auf einen Bereich, der eigentlich Menschenrecht ist. Der Film begleitet Leilani Farha, der UN-Sonderberichterstatterin für das Menschenrecht auf Wohnen, wie sie die Welt bereist, um herauszufinden, wer aus der Stadt gepusht wird und warum.

{imageshow sl=138 sc=1 /}

»Ich glaube es gibt einen riesen Unterschied zwischen Wohnen als Handelsware und Gold als Handelsware. Gold ist kein Menschenrecht, Wohnen schon«, sagt Leilani. Ihre Recherchen sind erschütternd, denn längst ist der Immobilienmarkt zu einem lukrativen Investment geworden, mit dem sich viel Geld verdienen lässt. Große Konzerne haben riesige Wohnungsbestände aufgekauft und wollen damit hohe Renditen erzielen. Die Menschen und die Mieter interessieren sie weniger. Dafür werden sie in dem Film in den Mittelpunkt gestellt. Denn eine bezahlbare Unterkunft ist ein fundamentales Menschenrecht,

eine Voraussetzung für ein sicheres und gutes Leben. Aber in Städten weltweit werden die Chancen auf bezahlbare Wohnungen immer schwieriger. Wie schwierig es werden wird, den ungezügelter Kapitalismus zu zügeln musste Juso-Vorsitzender Kevin Kühnert erfahren. Denn seine Forderung, dass Wohnungen nur noch von ihren Eigentümern bewohnt werden sollten, um die Spekulation mit Wohnraum zu stoppen, wurde gleich als sozialistische oder sogar kommunistische Idee angegriffen und er wütend angegriffen. Seine Forderung: Der Besitz von Wohneigentum soll massiv eingeschränkt werden. »Ich finde nicht, dass es ein legitimes Geschäftsmodell ist, mit dem Wohnraum anderer Menschen seinen Lebensunterhalt zu bestreiten«, so Kühnert wörtlich. Dabei ist klar, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann und dafür liefert »Push« sehr gute Argumente. Aber es ist auch klar, dass die Veränderungen Zeit brauchen.